



HESSISCHER LANDTAG

30. 01. 2018

Plenum

Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend Masterplan Wohnen und Baulandoffensive sorgt für wirkungsvolle und stärkere Unterstützung bei der Schaffung von bezahlbarem und bedarfsgerechtem Wohnraum

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag begrüßt, dass die Landesregierung mit dem "Masterplan Wohnen" effiziente wohnungsbaupolitische Maßnahmen vorlegt. Diese ergänzen das bisherige hessische Engagement zur Schaffung bedarfsgerechten Wohnraums wirkungsvoll und stärken den Schwerpunkt, den vielerorts angespannten Wohnungsmarkt in Hessen zu entlasten und bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen.
2. Der Landtag begrüßt darüber hinaus, dass bis zum Jahr 2020 eine Summe von 1,6 Mrd. € für den Wohnungsbau bereitsteht und dass sich die Fördermittel für Wohnungsbauprogramme ab 2017 jährlich auf die Rekordsumme 300 Mio. € belaufen. Er betont dabei, dass bisher kein Antrag auf sozialen Wohnungsbau wegen fehlender Fördermittel abgelehnt werden musste. Der Landtag begrüßt insbesondere die Zusage der Landesregierung, dass das bestehende kommunale Investitionsprogramm, Teil Wohnen (KIP I), durch ein Wohnrauminvestitionsprogramm (WIP) mit einem Umfang von fast 260 Mio. € an zusätzlichen Mitteln fortgeführt werden soll.
3. Der Landtag dankt den Akteuren der Allianz für Wohnen für ihre Arbeit und Handlungsempfehlungen zur zügigen Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Dazu gehören unter anderem die Servicestelle Wohnen, ein Gutachten zur Identifizierung und Quantifizierung des Wohnraumbedarfs nach Zielgruppen, Leitfäden zu den Themen nachhaltige Innenentwicklung und Konzeptvergabe und regionale bzw. interkommunale Wohnungsbau- und Infrastrukturkonferenzen. Auch der Vorschlag zur Gründung der Bauland-Offensive ist ein hilfreiches Instrument vor allem zur Unterstützung von Kommunen, um Bauland zu mobilisieren.
4. Der Landtag bittet die Landesregierung, die gute Arbeit der Allianz für Wohnen weiterhin zu unterstützen, und erachtet in diesem Zusammenhang die enge Kooperation zwischen der Nassauischen Heimstätte und der Landesregierung als wichtige Basis für eine gelingende Wohnungsbauoffensive des Landes Hessen. Diese Form der Einbindung aller Akteure gewährleistet, dass gemeinsam innovative Ideen und Lösungsansätze für die Herausforderungen des Wohnungsmarktes gefunden und Umsetzungsmöglichkeiten erörtert und miteinander abgestimmt werden. Die im "Masterplan Wohnen" angekündigte Aufstockung der Mittel für die Allianz für Wohnen wird daher begrüßt.
5. Der Landtag betont in diesem Zusammenhang, dass das Thema der Gewinnung und Bereitstellung von geeigneten Flächen und von Bauland für die Schaffung von Wohnraum ein weiterer Schwerpunkt in der Wohnungspolitik der Landesregierung ist. Dazu gehören unter anderem Instrumente wie die Bauland-Offensive, die verbilligte Abgabe von Landesflächen für sozialen Wohnraum oder die Unterstützung von Kommunen bei der Erstellung eines Innenstadtkatasters. Zudem muss die Förderung von Wohnraum neben diesem Schwerpunkt stets gemeinsam mit den sonstigen strukturellen Herausforderungen des Immobilien- bzw. Grundstücksmarktes betrachtet werden. Dazu zählen unter anderem die Aspekte der demografischen Entwicklung, Maßnahmen zur Klimaanpassung, eine gute Wohnqualität im Quartier oder auch lebendige Ortskerne und mehr Grün in der Stadt.

6. Darüber hinaus unterstützt der Landtag die Konzeptvergabe von Grundstücken, um mehr Spielraum für den Bau von bezahlbarem Wohnraum zu haben, wenn gewährleistet ist, dass sich keine Kostensteigerung bei Grundstücken einstellt. Er dankt der Allianz für Wohnen auch für diese Anregung und bittet die Landesregierung weiterhin, die Kommunen über diese Möglichkeit zu informieren.
7. Der Landtag begrüßt weiterhin, dass zukünftig auch neue Wohnformen wie beispielsweise das gemeinschaftliche und genossenschaftliche Wohnen besonders gefördert werden sollen, um auf diesem Weg den sich ändernden Anforderungen an das Wohnen sowohl in urbanen als auch in ländlichen Gebieten Rechnung zu tragen.
8. Der Landtag bittet die Landesregierung, bei der anstehenden Novellierung der Förderrichtlinien die Förderkonditionen zu verbessern und weiter daran zu arbeiten, neue Investorenkreise für die Wohnraumförderung zu erschließen. Außerdem soll das Programm für den Kauf von Belegungsrechten weitergeführt werden, wodurch mehr als 1.000 Sozialwohnungen, die demnächst aus der Bindung fallen würden, als Sozialwohnungen erhalten bleiben können.
9. Der Landtag unterstützt, dass die Landesregierung Darlehensmittel aus dem Sondervermögen "Wohnungswesen und Zukunftsinformationen" und Kompensationsmittel des Bundes für den Wohnungsbau einsetzt und diese darüber hinaus mit weiteren Mitteln des Landes erhöht hat. Er spricht sich dafür aus, dass die Förderung des sozialen Wohnungsbaus in Hessen auch nach einem möglichen Auslaufen der Kompensationsmittel finanziell abgesichert wird.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 30. Januar 2018

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Wagner (Taunus)